

Mitteilungen

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

editorial



THOMAS FUCHS, GROSSRAT,
SEKRETÄR PRO LIBERTATE

E-Mail: fuchs@prolibertate.ch

Ausziehen!

Uniformen ausziehen! So das Motto zweier Stadträte der Jungen Alternativen (JA). Ratsmitglieder sollen künftig in der Bundeshauptstadt nicht mehr in Militäruniform an Ratssitzungen teilnehmen dürfen. Diese dreiste Forderung einer Sozialarbeiterin in Ausbildung, Mitglied bei VPOD, Frauenstreik und der Aktion Bern ohne AKW sowie eines Ethnologen, der sich kürzlich als Kiffer brüstete, könnte im rot-grün dominierten Berner Stadtrat demnächst eine Mehrheit finden. In der Motion fehlen leider Bestrafungsart (Busse, Haft oder Ratsausschluss) und Hinweise, ob «lismen» ebenso erlaubt bleibt, wie das Erscheinen in verlausten Pullovern, zerschnittenen Hosen, im Rastalook, in trägerlosen T-Shirts, in Sandalen oder gar barfuss! Mein Fazit: Beim Verfassen von Motionen künftig vorher nicht mehr kiffen!

«Die Frage ist, ob die Schweiz eine glaubwürdige Luftwaffe will?»

Sehr geehrter Herr Korpskommandant: Gestatten Sie mir eingangs aus aktuellem Anlass folgende Frage: Was ist Ihnen durch den Kopf gegangen, als Sie vom Absturz des deutschen Tornado-Kampfflugzeuges im Lauterbrunnental gehört haben?

Flugunfälle sind immer schreckliche Ereignisse. Meine ersten Gedanken gehörten der Besatzung und den Angehörigen. Ich hab mich gefragt, was wohl schief gelaufen sei. Ich hatte Mühe mir vorzustellen, dass so etwas passiert ist.

Unsere Luftwaffe trainiert aus bekannten Gründen seit vielen Jahren im Ausland. Sicher ist diese Ausbildung unbestritten. Im Zusammenhang mit dem Tornado-Unglück stellen sich nun viele Bürgerinnen und Bürger die Frage, warum gehen wir z.B. für Tiefflüge «hinaus», ausländische Luftwaffen dürfen dagegen in schwierigem und bewohntem Gelände Tiefflüge absolvieren. Was ist eigentlich der wahre Kern dieser Ausbildungsprogramme?

Es ist richtig, dass die Schweizer Luftwaffe aus Rücksicht auf die Bevölkerung und Umwelt Tiefflüge im Ausland über unbewohntem Gebiet trainiert. Es ist falsch zu glauben, ausländische Luftwaffen würden in der Schweiz Tiefflüge trainieren. Beim Unfallflug handelte es sich um einen Navigationsflug im Rahmen der Ausbildungskooperation der Luftwaffen Deutschlands und

der Schweiz, der gemäss internationalen Vorschriften geflogen wurde. Diese Zusammenarbeit basiert auf Abkommen zwischen dem VBS und dem Bundesministerium der Verteidigung aus den Jahren 2000 und 2003. Unsere Luftwaffe ist auf Trainingsmöglichkeiten im Ausland angewiesen. Nur so kann sie ihren hohen Leistungsstandard beibehalten. Die Schweiz kann aber nicht nur von ausländischen Ausbildungsangeboten profitieren. Die Navigationsflüge sind eine Gegenleistung, die wir anbieten. Diese Flüge werden vom BAZL, in Zusammenarbeit mit der Luftwaffe, mittels sogenannter Diplomatic clearance bewilligt. In den vergangenen Jahren wurden jeweils rund 20 derartige

In dieser Ausgabe

- 3** Gewalt, Kriminalität, Disziplinlosigkeit – die 68er haben versagt!
- 4** Russland ohne Putin?
- 5** Abstimmung vom 17. Juni 2007 Die 5. IV-Revision
- 6** Gedanken der Präsidentin Stimmrechtsalter 16?
- 6** Politfokus
- 7** Jetzt vormerken! PRO LIBERTATE besucht die Drohnenbasis der Armee und das Bourbaki-Museum
- 8** Zusammenfassung



Flüge bewilligt. Bisher ohne Zwischenfälle. – Es ist also ein Geben und Nehmen.

Der Tornado-Absturz «beflügelt» nun die Befürworter der Franz-Weber-Initiative, welche Militärflüge über «touristischen» Regionen in der Schweiz verbieten wollen. Wir von PRO LIBERTATE betiteln diese Forderung als Luftwaffen-Abschaffungs-Initiative. Übertreiben wir?

Es kommt darauf an, wie der entsprechende Verfassungsartikel umgesetzt würde. Doch sicher scheint, dass bei Annahme der Initiative in der Schweiz kaum mehr glaubwürdige Übungen mit Kampffjets möglich wären. Dies würde die operationelle Einsatzbereitschaft, letztlich

■ ■ Doch sicher scheint, dass bei Annahme der Initiative in der Schweiz kaum mehr glaubwürdige Übungen mit Kampffjets möglich wären. ■ ■



also die Erfüllung des Auftrags und somit die Sicherheit in der Dritten Dimension beeinträchtigen. Ohne Trainings über der Schweiz würden die Piloten die spezifischen topografischen und meteorologischen Verhältnisse des Luftraums, vor allem über den Alpen, nicht mehr genügend beherrschen. Zudem würden auch alle am Einsatz von Kampffjets beteiligten Elemente – beispielsweise Flugsicherungsorgane oder Betriebspersonal der Flugplätze – praktisch jeglicher einsatznaher Übungsmöglichkeit beraubt.

Die Initianten und ihre Sympathisanten bringen bekannte Argumente ins Spiel: Das VBS bzw. die Luftwaffe sei zu wenig gesprächsbereit, zu wenig transparent, halte Versprechen nicht ein und übergehe die betroffenen Menschen. Haben Sie Verständnis für die Anliegen dieser Leute?

Seriösen, sachlichen Diskussionen mit Offiziellen – das können Gruppen, aber auch Einzelpersonen sein – stellen wir uns immer. Wir halten uns aber bewusst zurück, wenn polemisiert und persönliche Angriffe erfolgen. Und was es auch gibt, sind Gegner, die gar nicht mit uns reden wollen!

In unserem Nachbarland Österreich ist die Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges «Eurofighter» eine

■ ■ Flugplatz Meiringen ■ ■



Brigadier Walter Knutti, geboren 1948, ist verheiratet und hat einen Sohn. Wohnhaft ist er in Foug. Er studierte Rechtswissenschaften und trat 1982 in das Instruktor-Korps der Luftwaffe ein. Nach Jahren als Instruktor in Rekruten- und Offizierschulen absolvierte er 1990/91 das Air Command and Staff College in Maxwell (Alabama/USA). 1993–1996 war er Kommandant einer Flab-Rekrutenschule in Payerne. 1997 wurde er Chef Stab Untergruppe Operationen. Von 2000–2003 kommandierte er die Flugplatzbrigade 32. Anschliessend war er Chef Stab Luftwaffe. Seit Januar 2006 ist er Kommandant der Luftwaffe.

leidige Angelegenheit, die politische Linke versucht, die Beschaffung zu verhindern. Erinnerungen werden wach an das politische Geplänkel anlässlich der Beschaffung unserer F/A-18-Flugzeuge. Falls die österreichische Luftwaffe ihre neuen Flugzeuge nicht erhält, wird das – negative – Signalwirkung auf die nächste Beschaffungsetappe für unsere Luftwaffe haben?

Das ist eine inner-österreichische Angelegenheit, zu der ich mich nicht äussere. Die Frage, die für mich zentraler ist, ist die, ob die Schweiz eine glaubwürdige Luftwaffe will, die die Luftpolizeiaufgaben erfüllen und somit Sicherheit produzieren kann, oder nicht?

Warum brauchen wir weitere moderne Flugzeuge?

Damit der Luftpolizeidienst über eine gewisse Zeitspanne, bei jedem Wetter, zu jeder Tages- und Nachtzeit durchgeführt werden kann. Die 33 F/A-18 reichen dafür nicht aus. Die F-5 Tiger besitzen die nötigen Fähigkeiten nicht und müssen zudem altersbedingt bald ausgemustert werden.

Wo stehen heute die Vorbereitungen für die Auswahl eines Flugzeuges

und gibt es objektive Gründe, dass man aus politischen Gründen (Stichwort «Irak») auf ein US-Produkt verzichten wird?

Wir befinden uns in der Vorphase zu einem Projekt. Ob ein solches überhaupt gestartet wird, hängt von der Politik ab. Derzeit erfolgen Abklärungen über die Fähigkeiten der möglichen Kandidaten: Welches Flugzeug kann was zu welchem Preis leisten? Sollte ein Teilersatz für die Tiger-Flotte beschafft werden, geht es darum, die Bedürfnisse optimal zu erfüllen.

Für die Beschaffung der F/A-18-Flugzeuge haben sich viele Organisationen – darunter PRO LIBERTATE – stark engagiert. Die Manifestation 1993 auf dem Bundesplatz war wohl weltweit ein beispielloses Bekenntnis zu einer starken Armee. Fühlen Sie sich heute von der Bevölkerung genügend unterstützt und was erwarten Sie von Pro-Armee-Kreisen?

Die Nagelprobe folgt noch. Die Luftwaffe hat generell eine gute Akzeptanz. Das erleben wir beinahe täglich. Was mich aber – zugege-

benermassen – stört ist, dass die Gegnerkreise derzeit eine solche Medienpräsenz geniessen. Ich hoffe, dass die Befürworter eine gleiche Medienpräsenz erhalten werden, wenn sie ins Geschehen eingreifen.

Sehr geehrter Herr Korpskommandant! Ich danke Ihnen für das Gespräch und versichere Ihnen und der Schweizer Luftwaffe unsere volle Unterstützung.

Mit Korpskommandant Knutti sprach
Ami Bossard Gartenmann
bossard@prolibertate.ch

Gewalt ■ Kriminalität ■ Disziplinlosigkeit die 68er haben versagt!

PATRICK FREUDIGER,
STADTRAT LANGENTHAL

E-Mail: p.freudiger@besonet.ch

Vergewaltigungen in Rhäzüns, Zürich Seebach, Steffisburg etc. Meistens sind die Täter Ausländer oder eingebürgert. In der Schule Borweg in Zürich «verbraachte» eine 6. Klasse in nur 2,5 Jahren sechs Lehrkräfte. 17 von 22 Schülern dieser Klasse sind Ausländer. Die besagten Beispiele sind gewiss krasse Vorkommnisse und fallen glücklicherweise nicht unter die Rubrik «Normalzustand». Jedoch lässt sich zweifellos eine Zunahme der kriminellen Handlungen feststellen, z.B. vorsätzliche Körperverletzungen (8198 Anzeigen im Jahre 2004 gegenüber 3724 im Jahre 1995). Der Anteil der ausländischen Straftäter liegt konstant hoch (ca. 50%, im Bereich der Jugendkriminalität und bei den Kapitalverbrechen noch höher). Passend dazu sind die Statistiken aus den Gefängnissen: Von den 6111 Gefängnisplätzen in der Schweiz sind ca. 81% (!) von Ausländern belegt. Diese zunehmenden Fälle von Gewalt, Kriminalität und völliger Disziplinlosigkeit weisen auf grundsätzliche Defizite und Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft hin:

Antiautoritäre Erziehung: Die 68er-Revolution hat zu einer grundlegenden Änderung der Erziehungsdoktrin geführt. Traditionelle Autoritäten verloren an Gewicht, dafür wurde das Gewicht auf Selbstverwirklichung und grenzenlose Freiheit gelegt. Traditionelle Tugenden wie Respekt und Disziplin verloren an

Bedeutung bzw. wurden sogar verhöhnt. Oskar Lafontaine, Sozialist und Vollblut-Realitätsverweigerer, hat über derartige Tugenden einmal gesagt: «...damit kann man auch ein KZ betreiben.» Die Folgen dieser Haltung sind die zu Beginn erwähnten Skandale. Mit der Disziplin und den Autoritäten verschwand eben nicht selten auch der grundlegende Respekt vor seinen Mitmenschen und der Rechtsordnung.

Falsches Toleranzverständnis: Tolerant sein bedeutet, den Anderen zu achten und zu respektieren. Aber Toleranz bedeutet nicht Gleichgültigkeit der eigenen Kultur gegenüber. Echte Toleranz gegenüber Mitmenschen kann nur geübt werden, wenn die Spielregeln klar sind: Wer hierher kommt, hat sich bedingungslos zu integrieren; das heisst, eine Landessprache zu sprechen, zu arbeiten und unsere christlich-abendländisch geprägte Wert- und Rechtsordnung vorbehaltlos zu akzeptieren und zu leben. Toleranz kann daher auch nicht geübt werden gegenüber denjenigen, welche diese Spielregeln nicht akzeptieren bzw. sich selbst intolerant verhalten. Der ehemalige deutsche Bundes-

kanzler Helmut Schmidt (SPD) meint dazu: «Die Toleranz ist nicht grenzenlos. Sie findet ihre Grenze, vielleicht ihre einzige Grenze, in der etwaigen Intoleranz des Anderen». Wenn Schulen nun aus Rücksicht gegenüber fremden Kulturen auf Weihnachtsfeierlichkeiten verzichten oder wenn Zeitungen und Politiker die Meinungsfreiheit relativieren wie anlässlich des Streits um die Mohammed-Karikaturen, so hat dies nichts mehr mit Toleranz, sondern mit Kapitulation zu tun.

Zuwanderung in den Sozialstaat: Über Jahre hinweg hat die Schweiz unter der Herrschaft der nunmehr etablierten 68er-Generation eine Ausländerpolitik der offenen Scheuentreue betrieben. Dabei zeigt sich, dass immer weniger der eingewanderten Ausländer erwerbstätig sind. Während der Anteil der erwerbstätigen Ausländer an der Bruttoeinkünfte im Jahr 1990 noch 53,4% betrug, so lag er 2004 noch bei 30,2%. Diese Änderung der Einwanderungsmotive korreliert mit dem Phänomen der Zuwanderung in den Sozialstaat. Damit wird Einwanderung aber gerade für schlecht qualifizierte Personen aus kultur-

Klarstellung!

In den PL-Mitteilungen 2-07 haben wir unter PR-Tipps die Krawallorganisatorin Imobersteg erwähnt. Sie ist Co-Präsidentin des VSS Verband der Schweizer Studierendenschaften und nicht des Schweizerischen Studentenvereins STV.

Wir entschuldigen uns für dieses Missverständnis! Die Redaktion

fernen Regionen besonders attraktiv. Diese lassen sich oftmals nur schwer integrieren und haben Mühe, eine Arbeitsstelle zu finden. Folge einer mangelnden Integration ist nicht selten ein Abgleiten in die Kriminalität.

Fazit: Autoritätsverlust, zunehmende Gewaltbereitschaft und fehlende Akzeptanz unserer Rechtsordnung in gewissen Milieus: Das alles ist auch das Erbe der 68er-Generation. Das Menschenbild der 68er – ein von jeglicher Tradition und Wertekonsens losgelöster Mensch,

der sich jenseits jeglicher Hierarchiestrukturen nur noch um seine totale Selbstverwirklichung zu kümmern braucht – ist an den Anforderungen der Realität offenkundig gescheitert. Sogar Printmedien und die SRG – beides Bastionen des linksliberalen Mainstreams – müssen heute fast zwangsläufig das Thema Ausländerkriminalität aufgreifen, um nicht völlig abseits zu stehen. Diese zusehends offenere und ehrliche Diskussionskultur zeigt deutlich: Nach wie vor schafft es die Schweizer Gesellschaft, im

Prozess der direkten Demokratie Probleme zu erfassen und praktikable Lösungswege zu beschreiben. Man rufe sich dazu das klare Ja zur Revision des Ausländer- und Asylgesetzes letzten Herbst in Erinnerung. Die Scheuklappen der political correctness haben auf Dauer keinen Bestand. Zensurbehörden wie die eidgenössische Antirassismuskommission (EKR) können nur noch trauernd mitansetzen, wie ihre mühsam konstruierten Tabus nach und nach gesprengt werden.



Bild: keystone

Russland ohne Putin?

DR. F. W. SCHLOMANN, KÖNIGSWINTER

Während der zurückliegenden Wochen konnte man im Fernsehen recht grässliche Bilder sehen, auf denen in Moskau und St. Petersburg russische Milizionäre martialisch und in gewaltiger Übermacht friedliche Demonstranten brutal niederknüppelten. Als noch schlimmer zu werten ist das ausdrückliche Lob des Vize-Innenministers Suchodolksi, die Einheiten dieser Omon seien «professionell und im Rahmen des Gesetzes» vorgegangen; damit hat er ihr Vorgehen legitimiert und zugleich praktisch ihr Verhalten für künftige Demonstrationen vorgegeben.

Bekanntlich soll es im Dezember Parlamentswahlen geben und am 2. März 2008 die wichtige Präsidentenwahl. Der Opposition, eine lose Organisation namens «Ein

anderes Russland» mit ihrer Parole «Rusnja bes Putin» («Russland ohne Putin») ist angesichts der Wahlgesetze und vieler Behinderungen keine echte Chance einzuräumen. Dennoch will Putin auch sie möglichst mundtot sehen.

Artikel 81 der russischen Verfassung verbietet ihm eindeutig eine dritte Amtszeit, und er selber hat Ende April deutlich erklärt, dass er eine solche nicht anstrebe. In jüngster Zeit allerdings hat der Präsident des Föderationsausschusses, Miranow, eine entsprechende Verfassungsänderung und damit auch eine weitere Periode des jetzigen Präsidenten vorgeschlagen. Es wird kaum Zufall sein, wenn während der letzten Wochen viele Briefe von Regionalparlamenten und Gouverneuren in Moskau eingingen, welche eine dritte Amtszeit Putins als Stabilitätsgaranten für das Riesensland

fordern. Nach angeblichen Umfragen des Moskauer VZIOK-Meinungsforschungsinstitutes wünschen das jetzt auch 65 Prozent der russischen Wähler. Ob Putin für sich wirklich eine weitere Amtszeit anstrebt, wir die Zukunft beweisen. Gegenüber dem – oft naiven – Westen spielt er den Demokraten, in seiner Innenpolitik jedenfalls sind Machtgier und Skrupellosigkeit des 54-Jährigen unverkennbar.

Es werde keinen Nachfolger für ihn geben, sondern nur Kandidaten, über die dann der Wähler zu entscheiden habe, sagt er grosszügig – um gleichzeitig sein Recht zu betonen, seinen Vorzugs-Kandidaten zu nennen. Das dürfte am 1. Dezember sein, dem Beginn der Präsidentschafts-Wahlkampagne. Seit längerer Zeit begunstigt der Kreml-Herrscher zwei Nachfolger – was sich bei allen Unwägbarkeiten indes schnell ändern kann. Einmal ist es der Stellvertretende Ministerpräsident Dmitri Medwedew, der als Verantwortlicher für Soziales, Bildungswesen und Gesundheit sich in seiner liberalen und verbindlich wirkenden Art gern als besorgter Landesvater präsentiert. Viele Russen jedoch halten den 41-Jährigen für die schwere Bürde dieses Amtes als zu jung und unerfahren.

Putin dürfte Sergej Iwanow mit seinen 54 Jahren näherstehen. Beide kennen sich seit über 30 Jahren von gemeinsamer Arbeit im Leningrader KGB; zuvor hatte der Engvertraute Putins Englisch und Schwedisch studiert – er war dann auch bald für die sowjetische Spionage in England, Finnland sowie in Kenia tätig. Sommer 1998 ernannte Putin als Leiter des russischen ESB-Inlandsgeheimdienstes ihn zum Chef seiner Analyse-Abteilung; bald war er sein «Chefideologe». Im SWR-Auslandsspionagedienst rückte Iwanow zum Stellvertreter der Abteilung Europa auf. November 1999 erfolg-

te seine Ernennung zum Sekretär des nationalen Sicherheitsrates, was faktisch Nummer 2 im Putin-Staat bedeutet! Vor sechs Jahren war er dann der erste zivile Verteidigungsminister des Landes, indes blieb er für die Generalität stets ein Fremder, zumal seine Reformpläne keine grössere Wir-

kung zeigten. Anfang dieses Jahres wurde er ebenfalls auf den Posten des Stellvertretenden Ministerpräsidenten gehoben. Ihm ist die Unterstützung der Geheimdienste und ebenfalls des Militärs – angesichts des neuen Aufrüstungsprogramms Russlands – sicher. Er gilt als Gegner aller Annäherung an

die USA und jeder Osterweiterung der NATO. Seine Einstellung gegenüber dem Westen ist generell von tiefem Misstrauen erfüllt. Sollte er der Nachfolger Putins werden, täte der Westen gut daran, ihm mit Augenmass und Standhaftigkeit zu begegnen.

Abstimmung vom 17. Juni

Die 5. IV-Revision

REFERAT VON NATIONALRAT
TONI BORTOLUZZI (ZH)

Die IV ist unbestritten eines der bedeutendsten Sozialwerke in unserem Land. Ihr Grundgedanke ist die Bereitschaft zur Solidarität im Falle existenzieller Not. Es handelt sich dabei um eine Not, die sich aus gesundheitlicher Einschränkung ergibt. Sie hindert Betroffene daran, eigenverantwortlich die persönliche materielle Existenz zu sichern. Als Teil der ersten Säule, welche sich im Umlageverfahren finanziert, springt die Invalidenversicherung in diese Lücke und übernimmt die Sicherung der materiellen Existenzsicherung.

«Jede Person nimmt Verantwortung für sich selber wahr und trägt nach ihren Kräften zur Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft bei.»

Mit der 5. IV-Revision soll dieser Grundsatz der individuellen und gesellschaftlichen Verantwortung aus Artikel 6 unserer Bundesverfassung auch für Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen Anwendung finden. Auch wenn dies die Linke pausenlos tut – ist es völlig verfehlt, die Forderung nach verstärkter Eigenverantwortung von Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen als unsozial zu bezeichnen. Im Gegenteil: Die Nutzung der verbleibenden körperlichen Fähigkeiten und Bemühungen, die Möglichkeiten von Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen zu fördern, stärkt das Selbstvertrauen sowie das Wohlbefinden der Betroffenen. Der Einbezug der Betroffenen kann gar als Therapie dienen und gesundheitsfördernde Wirkung haben.

Die in den vergangenen zwanzig Jahren aufgekommene Art der So-

zialpolitik ist ebenso verfehlt, wie die Ausgrenzung der Betroffenen zu Beginn des industriellen Zeitalters. War es damals die Einschränkung der Selbstbestimmung durch totale Bevormundung, so handelt es sich heute um eine totale Bevormundung durch ein überbordendes linkes Helfersyndrom. Statt die Eigenständigkeit soweit zumutbar zu fördern, wurde eine immer grösser werdende Betreuungsindustrie aufgebaut, die den Eindruck erweckt, Sozialarbeit zum Selbstzweck zu leisten.

Die 5. IV-Revision ist eine sozialpolitische Weichenstellung. Die Arbeit der verantwortlichen Betreuungspersonen in den IV-Stellen, welche den aktuellen Willen des Gesetzgebers umsetzen muss, hat sich konsequent auf die Eingliederung und die Selbständigkeit der Betroffenen auszurichten.

Fest steht: Die IV-Stellen haben den Auftrag des Gesetzgebers, welcher jedes Jahr knapp eine halbe Milliarde Franken an Steuermitteln in die Arbeitsmarktintegration investiert, umzusetzen.

Das vor der 5. Revision formulierte Ziel einer Rentenreduktion von 20 Prozent sollte nochmals deutlich übertroffen werden. IV-Stellen-Verantwortliche, welche der Neuausrichtung der IV nicht gewachsen sind, müssen im Interesse der Betroffenen abgelöst werden. Ausserdem gilt es Doppelspurigkeiten mit anderen Sozialversicherungen, wie etwa der Arbeitslosenversicherung, zu vermeiden. Soziale Kompetenz fördert die Restfähigkeiten der Betroffenen und setzt Wissen über wirtschaftlichen Erwartungen und Möglichkeiten voraus. Das alleinige Gutmensch-Sein genügt heute nicht mehr!

Die 5. IV-Revision und damit die Politik des Bundesrates ist zu unterstützen. Die Erwartungen an die 5. IV-Revision habe ich eben darge-

legt. Allerdings gehen die Erwartungen über die blosser Revision hinaus. **Auch bestehende Vorschriften müssen ebenso konsequent umgesetzt werden.** So sollte insbesondere die Überprüfung der bestehenden Renten praktisch und unabhängig vorgenommen werden. Bei klaren gesundheitlichen Einschränkungen, wie etwa im Falle von Geburtsgebrechen, braucht es nicht alle zwei Jahre eine vollständige Neuüberprüfung inklusive eines neuen ärztlichen Gutachtens. Jedoch sind IV-Rentner mit einer unklar-kausalen Rentenursache umgehend einer intensiven Rentenrevision zu unterziehen. Hier muss bei der Neuüberprüfung der Hebel angesetzt werden.

Heute wird bei einer Person mit Down Syndrom jedes zweite Jahr festgestellt, dass sie noch immer dieser Gesundheitseinschränkung unterliegt, während Menschen mit unklaren IV-Ursachen wie psychische Leiden, Schleudertraumata, undefinierbare Schmerzen etc. viel zu wenig und vor allem zu wenig strikt überprüft werden. Wer heute eine IV-Rente mit unklarem Gesundheitsbild bezieht, darf ein Fahr- oder Flugzeug führen, da man ihm dafür eine genügende gesundheitliche Leistungsfähigkeit attestiert. Hingegen weiss man bei der gleichen Person nicht, aus welchem Grund sie nicht mehr arbeiten kann. Solche Missstände gilt es zu korrigieren. Es geht letztlich auch darum, der angeschlagenen IV bei den Beitragszahlern wieder zu mehr Glaubwürdigkeit zu verhelfen. Die heutige Gesetzgebung kann zusammen mit der 5. IV-Revision in kurzer Zeit eine klare Verbesserung der Zustände in der Invalidenversicherung bringen. Es gilt aber seitens des Bundesrates, der Verwaltung, der IV-Stellen und der Justiz alles nur Erdenkliche zu unternehmen, statt nur davon zu reden. Die Schuldensituation in der IV zwingt uns dazu. Spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten der 5. IV-Revision wird man bewerten können, ob die Vorgaben des Gesetzgebers umgesetzt wurden oder nicht.

Gedanken der Präsidentin



6
7

Stimmrechtsalter 16?

AMI BOSSARD GARTENMANN

E-Mail: amibossard@prolibertate.ch

Der Kanton Glarus gewährt nun seinen 16-Jährigen das Stimmrecht und das aktive Wahlrecht auf Gemeinde- und Kantonsebene. Die rot-grüne Berner Regierung will da ebenfalls eine Vorreiterrolle spielen und fordert das Stimmrechtsalter 16. Grossrat, wie auch Berner Volk werden darüber abstimmen. Die Linke benötigt Unterstützung für die Wahlen im Herbst und will schweizweit das Stimmrechtsalter auf 16 Jahre heruntersetzen. Interessant ist einfach die Tatsache, dass bei dieser Forderung 16-Jäh-

rige über Millionenbudgets, Zonenpläne, den Bau einer Sportanlage, eines Kongresszentrums etc. entscheiden können, aber Ihr eigenes Vermögen nicht selber verwalten dürfen, da sie noch nicht handlungsfähig sind. Ebenfalls bei Verträgen wie beispielsweise beim Lehrvertrag gilt Ihre alleinige Unterschrift nicht. Ohne Unterschrift des gesetzlichen Vertreters können 16-Jährige keine Verträge abschliessen. Es ist doch reichlich komisch, wenn 16-Jährige fähig sein sollen, über das Gemeinwesen die Verantwortung zu tragen, ihnen diese Verantwortung im Privatbereich jedoch noch nicht übertragen wird. Mitbestimmung bedeutet auch Mitverantwortung. 16-Jährige profitieren von Schutzbestimmungen auch im Strafrecht und stehen noch unter elterlicher Sorge, tragen für ihr Leben nicht die volle Verantwortung, politisch jedoch sollten sie dazu fähig sein!?! Politische Rechte und zivilrechtliche Handlungsfähigkeit müssen übereinstimmen, sonst gesteht man der Politik nicht die nötige Ernsthaftigkeit zu. Konsequenterweise müsste man das Mündigkeitsalter herabsetzen. Ob dies im Interesse der Jugendlichen wäre, dies bezweifle ich sehr. Als Lehrerin an der Berufsschule stelle ich fest, dass zwischen dem 16. und 18. Lebensjahr, für die meisten – die Zeit der Lehre – ein merklicher Reifeprozess stattfindet. Der Kontakt mit dem Erwerbsleben und der Weg in

die finanzielle Unabhängigkeit muss gelernt werden und wenn da noch gewisse Schutzmechanismen eingebaut sind, so kann dies nur vorteilhaft sein.

Irrwitzig ist auch, wenn Österreich als Vorbild für das Stimmrechtsalter 16 herbeigezogen wird. Die Mitbestimmung der Bürger beschränkt sich dort auf das Wählen der Parlamentsmitglieder und diese Wahl soll zukünftig alle fünf Jahre geschehen.

Mit dieser Übung will man Jugendliche vermehrt politisch motivieren. Aus meiner Erfahrung kann ich sagen, dass nicht Stimm- und Wahlfähigkeit ausschlaggebend für das politische Interesse sind, sondern die Themen und die Vorbilder. Politisch interessierte Eltern oder Politiker, die bereit sind mit Jugendlichen in Kontakt zu treten, Jugendlichen Interviews zu geben und auf Fragen einzugehen, können Interesse wecken. Erfolgreich erlebte ich stets den Besuch im Bundeshaus während der Session, wenn sich Parlamentarier und Parlamentarierinnen Zeit nahmen für eine kleine Diskussion mit den Berufsschülerinnen.

Wir benötigen nicht Stimmrechtsalter 16 für die politische Motivation, sondern politisch Engagierte, welche bereit und fähig sind, sich mit den Jugendlichen auseinanderzusetzen.

POLITFOKUS

Kampf für ein freiheitliches Waffenrecht

proTELL bedauert den unsinnigen Amoklauf mit einem Sturmgewehr in Baden vom 13. April 2007, bei dem leider ein 71-jähriger, unbeteiligter Mann sterben musste und weitere Menschen teils schwer verletzt wurden. Auch wir sind unmissverständlich der Auffassung, dass jeder durch ein vorsätzliches Schusswaffendelikt Getötete oder Verletzte einer zuviel ist. Trotzdem bleiben wir der Auffassung, dass die persönliche Waffe mit Taschen-

munition als Bestandteil unseres Miliz-Systems dem Bürger/Soldaten weiter nach Hause abzugeben ist. Es können nicht über Hunderttausend verantwortungsbewusste Wehrmänner entwaffnet werden, weil jährlich einige wenige ihre Waffe für ein vorsätzliches Tötungsdelikt missbrauchen.

(...) Wir müssen uns bewusst sein und uns darauf einrichten, dass der Kampf gegen den privaten Waffen-

besitz nicht nur weiter geht. Er findet auch auf einem bisher noch nie erlebten, tiefen und billigen Niveau statt.

Wir nehmen diesen Kampf auf, damit uns ein möglichst freiheitliches Waffenrecht erhalten bleiben kann. Wir erwidern diesen Kampf, aber nicht auf diesem, einer selbstverantwortlichen, offenen Gesellschaft unwürdigen und erbärmlichen Niveau der populistischen Gegner.

*a. Nationalrat Willy Pfund,
Präsident der Gesellschaft
für ein freiheitliches Waffenrecht
proTELL*

Die SVP-Sektionen der Innerschweizer Kantone wehren sich mit einer Petition gegen die Einmischung der EU in die kantonale Steuerhoheit.

«Hände weg von unserem Steuersystem»

heisst die Petition.

Der Druck der EU auf das Steuersystem der Schweiz wird von Menschen jeder politischen Couleur als völlig unverständlich bezeichnet. Allfällige Massnahmen der EU gegen die Schweiz würden als Kampf-ansage empfunden. Dies wurde in

Tausenden von Gesprächen deutlich, die bei der Unterschriftensammlung in der letzten Woche geführt wurden. Die Bereitschaft zu unterschreiben liegt bei über 95 Prozent. Der Petitionsbogen kann auf www.svp-sz.ch heruntergeladen

oder bestellt werden: Sekretariat, SVP Kanton Schwyz, Postfach, 8808 Pfäffikon.

Tel. 055 410 41 52
oder
Fax 055 410 41 53

Jetzt vormerken



PRO LIBERTATE besucht die Drohnenbasis der Armee und das Bourbaki-Museum

Am 31. August ist es wieder einmal soweit. Es steht eine der traditionellen Exkursionen von PRO LIBERTATE an. Auf dem Programm stehen sowohl militärische als auch historische Sehenswürdigkeiten. Treffpunkt ist um 9:15 Uhr beim Hauptbahnhof Luzern. Anschliessend erhalten Sie Gelegenheit, im Rahmen einer Führung die Drohnenbasis der Armee in Emmen kennen zu lernen. Drohnen sind ein wichtiges Mittel zur militärischen Aufklärung. Nach einem Mittagessen im Luzernerhof in Luzern ist eine Besichtigung des Bourbaki-Museums geplant. Dieses ist vor wenigen Jahren total renoviert worden. Sehen Sie bei einem geführten Rundgang die Dokumentationen einer der grössten Schweizer Solidaritätsleistungen.



Die humanitäre Aufnahme der unterlegenen französischen Bourbaki-Armee festigte die Existenz der Schweiz als neutraler und der Humanität verpflichteter Kleinstaat und verlieh der Schweizerischen Neutralität eine grosse internationale Akzeptanz. Die Veranstaltung endet ca. um 16:15 Uhr.

Die Einladung mit Anmeldeformular erhalten Sie mit den PRO LIBERTATE-Mitteilungen Ende Juli 2007.

Wir freuen uns, Sie bei dieser interessanten Exkursion begrüessen zu dürfen.



3 klare Worte und Positionen

Zusammenfassung dieser PRO-LIBERTATE-Mitteilungen

1. Eine glaubwürdige Luftwaffe benötigt Übungsmöglichkeiten!
2. Die Jugend braucht Vorbilder und nicht Selbstverwirklichungs-ideologien.
3. Stehen wir für unser freiheitliches Waffenrecht ein!

und 1 dringender Hinweis

1. Volksabstimmung vom 17. Juni 2007: Ja zur 5. IV-Revision!

PRO  LIBERTATE – mit Sicherheit mehr bürgerliche Schweiz.

LinksLinksLinksLinks

www.luftwaffe.ch (Schweizer Luftwaffe)
www.luftwaffe.de (Deutsche Luftwaffe)
www.iv-revision.ch (Überparteiliches Abstimmungs-komitee)
www.aktuell.ru (Biographie Putin)
www.protell.ch (Gesellschaft für ein freiheitliches Waffenrecht)
www.svp-sz.ch (Unterschriftenbogen für die Petition «Hände weg von unserem Steuersystem»)

Impressum

Redaktion: A. Bossard Gartenmann, M. Gerber

Geschäftsstelle:

Schweizerische Vereinigung Pro LIBERTATE,
Postfach 587, 3052 Zollikofen
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85
Internet: www.prolibertate.ch
E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint 6x jährlich. Leserschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC 30-26847-0

Vorstand

Ami Bossard Gartenmann (Präsidentin),
3800 Matten b. I.
Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 6
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen
Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern-Bümpliz
Patrick Freudiger, 4900 Langenthal

Redaktionsschluss dieser Nummer: 16.5.2007



Die Bestrebungen von

PRO  LIBERTATE

für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- Ich bin an weiteren Informationen interessiert

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

Datum _____

Unterschrift _____

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach 587 • 3052 Zollikofen

3.07

Sie können Spenden
an PRO LIBERTATE
auch in **WIR** tätigen.

**Schon
vorbeigesurft?**

www.prolibertate.ch